

Beschlussempfehlung und Bericht **des Innenausschusses (4. Ausschuss)**

zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Bosbach, Erwin Marschewski (Recklinghausen), Meinrad Belle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/5759 –

EU-Richtlinienvorschlag zu Mindestnormen in Asylverfahren überarbeiten

A. Problem

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, von der EU-Kommission eine Überarbeitung des Vorschlages für eine Richtlinie des Rates über Mindestnormen für Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Zuerkennung oder Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft einzufordern.

Um der heutigen Problemlage in den Hauptaufnahmestaaten zu entsprechen, bedürfe es einer Modernisierung des Richtlinienentwurfes. Denn in seiner jetzigen Form könne dieser das generelle Ziel, harmonisierte Mindestnormen für effektive, gerechte und zügige Asylverfahren festzulegen, nicht erreichen. Insbesondere werde der Vorschlag seinem Anspruch an, ein schlankes, zügiges Asylverfahren, das die rechtsstaatlich erforderlichen, aber auch ausreichenden Regelungen vorsieht, nicht gerecht. Außerdem würden alle wesentlichen Regelungen der Asylrechtsreform von 1993 zur Zuzugssteuerung, Straffung und Vereinfachung der Verfahren rückgängig gemacht. Dies gelte namentlich für die Drittstaaten-, Flughafen- und Herkunftsstaatenregelung sowie die Straffung des Instanzenzuges und die zügigere Durchführung und Beendigung von Folgeverfahren. Daher bedürften die diesbezüglichen Regelungen des Richtlinien-vorschlages der Überarbeitung.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 14/5759 abzulehnen.

Berlin, den 27. Februar 2002

Der Innenausschuss

Ute Vogt (Pforzheim)
Vorsitzende

Rüdiger Veit
Berichterstatter

Erwin Marschewski (Recklinghausen)
Berichterstatter

Marieluise Beck (Bremen)
Berichterstatte^rin

Dr. Max Stadler
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatte^rin

Bericht der Abgeordneten Rüdiger Veit, Erwin Marschewski (Recklinghausen), Marieluise Beck (Bremen), Dr. Max Stadler und Ulla Jelpke

Die Vorlage wurde in der 171. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Mai 2001 an den Innenausschuss federführend sowie an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 70. Sitzung am 10. Oktober 2001 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäische Union** hat in seiner 73. Sitzung am 27. Juni 2001 mit

den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 85. Sitzung am 27. Februar 2002 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Innenausschuss** hat den Antrag in seiner 88. Sitzung am 27. Februar 2002 abschließend beraten und ihn mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU abgelehnt.

Berlin, den 27. Februar 2002

Rüdiger Veit
Berichtersteller

Erwin Marschewski (Recklinghausen)
Berichtersteller

Marieluise Beck (Bremen)
Berichterstellerin

Dr. Max Stadler
Berichtersteller

Ulla Jelpke
Berichterstellerin

